

Antrag**des Abg. Friedrich Haag u. a. FDP/DVP****Kommunale Holzbau-Scouts**

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. auf welcher belastbaren empirischen oder evaluativen Grundlage sie zu der Einschätzung gelangt, dass der Einsatz zusätzlicher sogenannter „Holzbau-Scouts“ kommunale Planungs-, Vergabe- oder Genehmigungsprozesse messbar beschleunigt, obwohl diese Aufgaben bereits originär in Bauämtern, Vergabestellen, Klimaschutz- und Fachverwaltungen wahrgenommen werden;
2. wie viele Holzbau-Scout-Stellen landesweit maximal gefördert werden können und welche Gesamtkosten das Programm für den Landeshaushalt auslöst, einschließlich Projektträger- und Abwicklungskosten, Aufwendungen für Vernetzung, Veranstaltungen, Materialien, Controlling sowie sonstiger administrativer Nebenkosten;
3. welche konkreten, quantifizierbaren und überprüfbaren Leistungs- und Wirkungsindikatoren die Landesregierung verbindlich vorgibt, um die behaupteten Effekte wie „effizientere interne Prozesse“ oder eine „gezieltere Nutzung von Fördermitteln“ tatsächlich nachzuweisen;
4. aus welchen Gründen die Mittelvergabe nach dem zeitlichen Eingang vollständiger Anträge erfolgt und nicht anhand nachvollziehbarer Kriterien wie Qualität der Konzepte, objektiver Bedarfslage der Kommunen, haushalterischer Situation oder eines nachweisbaren Nutzens;
5. wie viele vollständige Förderanträge seit Veröffentlichung des Förderaufrufs eingegangen sind (bitte aufschlüsseln nach Gemeinden, Städten, Landkreisen und Verwaltungsgemeinschaften sowie nach Einzel- und interkommunalen Anträgen) und wie viele Bewilligungen die Landesregierung insgesamt zu erteilen beabsichtigt;
6. welche messbaren Kennzahlen und Nachweise die geförderten Kommunen im vorgesehenen Zwischenbericht konkret erbringen müssen und in welcher Form diese einer landesweiten Auswertung oder Erfolgskontrolle zugeführt werden;
7. welche konkreten Maßnahmen, Programme oder Förderinstrumente das Land auf kommunaler Ebene fördert oder anbietet, um CO₂-arme mineralische Bauweisen zu ermöglichen, insbesondere im Hinblick auf klinkerreduzierte Zemente, Recyclingbeton, CO₂-optimierte Betone sowie eine standardisierte und vergleichbare Lebenszyklusanalyse (LCA) in Vergabe- und Planungsverfahren;
8. welche verbindlichen Mindestqualifikationen die Landesregierung für die geförderten Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber voraussetzt, insbesondere ob einschlägige Studienabschlüsse oder Weiterbildungen (z. B. Architektur, Bauingenieurwesen, Holzbau, Bauphysik, Vergabe- oder Baurecht) zwingend vorgeschrieben sind.

14.1.2026

Haag, Dr. Schweickert, Dr. Jung, Bonath, Hapke-Lenz, Weinmann FDP/DVP

Begründung

Mit dem Förderaufruf für kommunale Holzbau-Scouts schafft das Land ein neues Instrument, das gezielt eine einzelne Bauweise privilegiert und hierfür zusätzliche Stellen sowie erhebliche Haushaltsmittel bindet. Eine sachliche Begründung, warum Holz gegenüber anderen klimaeffizienten – insbesondere mineralischen – Baustoffen bevorzugt wird, bleibt der Förderaufruf schuldig.

Weder wird dargelegt, auf welcher fachlichen oder empirischen Grundlage diese Lenkungswirkung erfolgt, noch wie sichergestellt werden soll, dass bestehende kommunale Zuständigkeiten nicht lediglich durch neue, landesfinanzierte Parallelstrukturen ergänzt werden. Zudem fehlen klare, überprüfbare Kriterien zur Erfolgskontrolle. Ohne eine technologieoffene Betrachtung klimafreundlicher Bauweisen lassen sich Nutzen, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit des Programms nicht beurteilen.